



Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

13. Sitzung (öffentlich)

11. Mai 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Einführung von Familienzentren in NRW	2
Einem Bericht durch Minister Laschet schließt sich eine kurze Aussprache an.	
2 Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung	7
Antrag auf Behandlung eine Volksinitiative gem. Art. 67 a der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen Beratungsunterlage Vorlage 14/268	
Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative gem. § 4 Abs. 5 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid, Herr Martin Wonik, Stellvertreter Herr Wilhelm Müller	
Der Ausschuss hört die Vertrauenspersonen Martin Wonik und Wilhelm Müller an.	

3 Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Finanzierungsbeteiligung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Neufin SchKG) 19

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 14/1149

Ausschussprotokoll 14/172

weitere Stellungnahme 14/351

Zuschrift 14/269

Die Auswertung der Anhörung sowie die abschließende Beratung und Abstimmung werden einvernehmlich auf die außerordentliche Sitzung am Donnerstag, 18. Mai 2006, verschoben.

4 80.000 Betreuungsplätze bis 2010 schaffen - Ausbau der Betreuung von Unter-Dreijährigen beschleunigen 19

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/195

Ausschussprotokoll 14/114

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/195 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

5 Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz 2006 21

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/1548

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Verfahrensabsprache im Rahmen eines Obleutegesprächs durchzuführen.

6 Grundüberlegungen des Generationenministeriums für ein Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Elementarbereich (siehe Anlage) 21

Einem Bericht des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration schließt sich eine Aussprache an.

- 7 Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (1. Schulrechtsänderungsgesetz)** 23
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/569
Ausschussprotokoll 14/137
- Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/569 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der SPD-Fraktion in Abwesenheit der Grünen-Fraktion angenommen.
- 8 Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)** 24
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1572
- Der Gesetzentwurf der Landesregierung passiert den Ausschuss ohne weitere Aussprache.
- 9 Bundeseinheitlichkeit von Einbürgerungsverfahren herstellen - Nordrhein-Westfalen erteilt CDU/CSU-Innenministern Absage für zusätzliche Tests, Fragebögen oder Kurse** 24
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1427
- Der Ausschuss stimmt lediglich über die Antragsformulierung des ersten Spiegelstrichs im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/1427 ab. Dieser Spiegelstrich wird abgelehnt.
- 10 Endlich Transparenz bei EU-Agrarsubventionen!** 26
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1560
- Der Ausschuss verständigt sich mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD gegen das Votum der Grünen-Fraktion darauf, kein Votum abzugeben.

Landtag Nordrhein-Westfalen	IV	APr 14/207
Ausschuss für Generationen, Familie und Integration		11.05.2006
13. Sitzung (öffentlich)		sl-be

Seite

11 Keine Agro-Gentechnik in NRW

27

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1559

Der Antrag der Grünen-Fraktion Drucksache 14/1559 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der Grünen-Fraktion bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion abgelehnt.

8 **Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1572

Ausschussvorsitzende Andrea Milz weist auf die besondere Zuständigkeit des hiesigen Ausschusses für die Artikel 1 und 4 hin. Der federführende Ausschuss habe beschlossen, am 24. Mai 2006 eine Anhörung durchzuführen. Wie wolle sich der hiesige Ausschuss an dieser Anhörung beteiligen?

Die Obleute, so **Marie-Theres Kastner (CDU)**, hätten sich darauf verständigt, zunächst die Anhörung abzuwarten. Anschließend wolle man sein Mitwirkungsrecht über die weiteren beteiligten Ausschüsse wahrnehmen. Der Gesetzentwurf solle den hiesigen Ausschuss ohne Votum passieren. - Der **Ausschuss** stimmt dem zu.

9 **Bundeseinheitlichkeit von Einbürgerungsverfahren herstellen - Nordrhein-Westfalen erteilt CDU/CSU-Innenministern Absage für zusätzliche Tests, Fragebögen oder Kurse**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1427

Nach den einleitenden Bemerkungen der **Ausschussvorsitzenden Andrea Milz** meldet sich zunächst **Andrea Asch (GRÜNE)** zu Wort: Die Position der Landesregierung decke sich inhaltlich mit der des Antrags ihrer Fraktion. Danach sei zweifelhaft, ob ein Fragebogen geeignet sei, die Verfassungstreue oder staatsbürgerliche Reife zu attestieren. Ungeachtet der Faktenlage, wie sie die Bundesinnenministerkonferenz geschaffen habe, stütze ihre Fraktion nach wie vor die Einschätzung durch Minister Laschet, dass Fragebögen ein untaugliches Instrument zur Einbürgerung seien. Nicht weniger, sondern mehr Einbürgerung sei vonnöten.

Michael Solf (CDU) hält den Zeitpunkt nicht für besonders geeignet, vertieft in die Diskussion einzusteigen. Die Worte, die Minister Laschet zum Thema gefunden habe, begrüße er. Demgegenüber scheine es vielen, die sich jetzt in der Debatte zu Wort melden, eher um das eigene Ansehen denn um eine Lösung der zu bewältigenden Probleme zu gehen. Allerdings falle der Grünen-Antrag zu pauschal und zu polemisch aus. Über die Einigung der Innenministerkonferenz, dass es zukünftig Einbürgerungskurse geben solle, freue er sich. Das gelte auch für die fachliche Gesamtkonzeption, die das Bundesamt für Integration und Flüchtlinge entwickeln werde. Wie das Anliegen in Nordrhein-Westfalen durchgesetzt werden könne, solle im Nachgang diskutiert werden. Zwischen den Fraktionen in NRW gebe es möglicherweise weniger Trennendes als in anderen Bundesländern.

